

GROSSE PLÄNE
MIT HERMANN MUTHESIUS

Die Zeit um 1910 wird für die Wohnreformbewegung eine Epoche des Umbruchs. Viele Genossenschaften erkannten die Notwendigkeit, ihre pionierhaften Leistungen einer breiten Öffentlichkeit darzustellen, um größere Außenwirkung und in der Folge verstärkte staatliche Förderung zu erzielen. Neue städtebauliche Reformvorstellungen kamen in dem Wettbewerb Groß-Berlin zum Ausdruck, in dem Konzepte für eine ganzheitlich gegliederte Metropole entwickelt wurden. Die meisten Vorschläge sahen einen Ring von dezentralisierten, gartenstädtischen Siedlungen um das Stadtzentrum und die Mietshausquartiere des 19. Jahrhunderts vor, und eröffneten somit auch die Chance zur Realisierung größerer Wohnprojekte. Auch bislang innerstädtisch bauende Genossenschaften wandten sich nun

von der Metropole ab, hatte der Gartenstadtgedanke eine Tendenz eingeleitet, die bis weit in die 20er Jahre prägend bleiben sollte.

In der Freien Scholle erfolgte eine Öffnung gegenüber den neuen Ideen nur zögerlich. 1897 war sie zwar bereits Gründungsmitglied im "Verband der auf dem gemeinschaftlichen Eigentum stehenden Deutschen Baugenossenschaften", 1903 erfolgt der Beitritt zum "Verein für Bodenreform", 1907 erhielt sie auf der "Ausstellung für soziale Fürsorge und Gesundheitspflege" in Berlin ein Ehrendiplom (GB 1906).

"Das dunkle Kämmerlein", wie der isolierte Zustand noch 1910 selbstkritisch beschrieben worden war, wird erst ab diesem Zeitpunkt schrittweise verlassen. Eine Stimmung des Umdenkens und Neubeginns anlässlich des 15jährigen Bestehens der Genossenschaft ermöglicht es der Freien Scholle, gezieltere und nach außen gerichtete Kooperationen einzugehen.

Nicht nur die Teilnahme an der Hygiene-Ausstellung in Dresden 1911, sondern auch eine verstärkte Kontaktaufnahme mit anderen

Genossenschaften und Reformgruppierungen förderten die aktive Teilnahme an der öffentlichen Debatte. Vor allem der intensivierte Austausch mit der 1902 gegründeten Deutschen Gartenstadtgesellschaft brachte eine Reihe neuer Perspektiven und Kontakte für die Genossen. Eine Exkursion zur Gartenstadt Hellerau in Dresden 1912, an der auch Vertreter der Gemeinde Hermsdorf, der Kreisbaupolizei und des Landratsamts teilnahmen, sollte als anschauliches Beispiel sowie Auseinanderset-

zung mit baukünstlerischen und siedlungsplanerischen Gesichtspunkten dienen, und vor allem "für die geplante Vergrößerung unserer Kolonie werben:

Am Schlusse der Besichtigung erklärten die Herren Regierungsvertreter, daß wir von seiten der Behörden auf jede nur irgend mögliche Unterstützung unseres Bauvorhabens rechnen könnten und auch die Genehmigung der für unsere Kleinhausbauten dringend notwendigen Dispense zu Bauerleichterungen möglichst erlangen würden." (Mit 7/1912)



Gartenstadt Hellerau

Hellerau galt damals nicht nur als erste, sondern auch als die modellgebende deutsche Gartenstadt, 1907 auf Initiative des Leiters der Deutschen Werkstätten Karl Schmidt unter den neuen städtebaulichen und gesellschaftlichen Vorzeichen errichtet. Dort prägten die Werkbundarchitekten Richard Riemerschmid, Hermann Muthesius und Heinrich Tessenow wegweisende Bau- und Siedlungsformen; ergänzt durch künstlerische Aspekte, die vor allem durch die Schule des Genfer Musikpädagogen Emile-Jaques Dalcroze überregionale Ausstrahlung erlangte.

Auch in der Freien Scholle schien die Chance eines Neubaus wieder in greifbare Nähe zu rücken. Nach Aufgabe des Projekts in Marienfelde 1904 waren weitere Versuche in Velten, Mahlsdorf, Buch, Ruhlsdorf (Teltow), Waldheim (Spandau) und Glienicke (Nordbahn) nicht zur Realisierung gekommen. Konkreter Hoffnungsträger sollte daher 1912 ein im Sinne des neuen Zeitgeistes von Hermann Muthesius und dem Städtebaureformer Rudolf Eberstadt erstellter Bebauungsvorschlag für das nördliche, durch das Fließ von der Schollensiedlung getrennte Gelände werden. Erstmals wurde damit ein baukünstlerisches Gesamtkonzept entwickelt, daß sich mit zusammenhängenden Wohnhofstrukturen entschieden gegen die bislang aus einzelnen Doppelhäusern eher zufällig gewachsene



"Hermann Muthesius baute betont würdige Reihenhäuser und Einzelhäuser, von denen einige geplant waren wie kleine Villen. Er plante auch die ihm zugeordneten Straßen der Gartenstadt in einer mehr lockeren, vorortmäßigen Form." (Posener 1979, S.272)

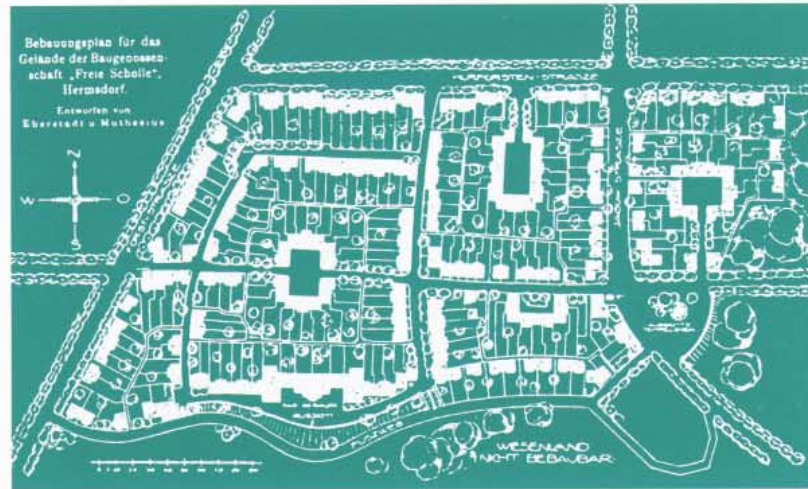
Anlage an der Egidystraße wandte, und zudem weitaus kostengünstiger zu realisieren schien. Wurden die ersten Lilienthal'schen Häuser noch als Experiment und Pioniertat in der damaligen Fachöffentlichkeit anerkannt, so erschien das Festhalten an diesem Baustil für die nachfolgenden Hausgruppen als konservativ und veraltet.

"Es ist erfreulich, daß die Genossenschaft nun dem Reihenhause nicht mehr ablehnend gegenüber steht. Es wäre für eine soziale Genossenschaft ja auch töricht, dauernd an alten Ansichten festzuhalten, die die Mieten ja nachweisbar hoch gestalten. Der Muthesius'sche Bebauungsplan zeigt alle Vorteile der Kleinhausbestrebungen und verspricht auch in ästhetischer Hinsicht für Berlin eine mustergültige und ansehenswürdige Anlage." (in: GS 6/1912)



Hermann Muthesius (1861-1927) war von 1904-1926 Geheimer Regierungsrat im Preußischen Handelsministerium, davor als Bauleiter in Tokio und ab 1896 für acht Jahre Attaché für Bauwesen an der Deutschen Botschaft in London. Vor allem sein Engagement als Mitbegründer des Deutschen Werkbundes machten ihn international bekannt. Sein bauliches Spektrum reichte in der Vorkriegszeit vom englisch geprägten Landhaus- und Villenbau bis zu anerkannten Beiträgen im Reformwohnungsbau, so u.a. Hausgruppen in der Gartenstadt Hellerau Dresden (1910/12), in Berlin das Einküchenhaus in Lichterfelde (1910) oder die "Preußensiedlung" in Alt-Glienicke (1914).

Bebauungsplan 1912
Hermann Muthesius
Rudolf Eberstadt



Die Qualitäten der neuen Anlage, die *"hinsichtlich ihrer Bebauung und der Wohnungshygiene den Charakter des Vorbildlichen für Groß-Berlin tragen"* sollte (GB 1911), lagen vor allem in der Synthese gartenstädtischer und gemeinschaftsbezogener Ideen. Neu war das Zusammenspiel verschiedener städtebaulicher Elemente in einer nach außen sich jedoch ganzheitlich darstellenden Genossenschaftssiedlung: Platz- und Hofbildungen, Trennung zwischen äußerer und innerer Erschließung, differenzierte Übergänge vom privaten in den öffentlichen Wohnbereich. Zudem galt Muthesius als Garant baukünstlerischer Qualität und feinfühlig, handwerklicher Gestaltung. Der hochgelobte Entwurf kam jedoch aufgrund zahlreicher Hemmnisse nicht zur Realisierung. Vordergründig schienen dafür Schwierigkeiten beim Geländekauf und äußere Widerstände gegen die Umsetzung des Bebauungsplans verantwortlich. Trotz der wohlwollenden Zustimmung des Landrats, die dieser auf der gemeinsamen Exkursion nach Hellerau ausgedrückt hatte, spielten sowohl Interessenkonflikte zwischen den Gemeinden Hermsdorf und Tegel eine Rolle, als auch nicht erfüllbare Forderungen an die Genossenschaft, einen Brückenbau über das Fließ und aufwendige Straßenbauarbeiten auf eigene Kosten zu erstellen.

In einem Brief des Vorstands der Freien Scholle heißt es zudem am 29.4.1913: *"Der von uns beabsichtigte Landkauf scheint an der Hartköpfigkeit der Herren Bauern zu scheitern."* Aber auch von seiten des Reichsamts des Innern und vor allem in der Mitgliedschaft wurden erhebliche Bedenken gegen die scheinbar von der Basis losgelöst entwickelten Neubaupläne von Vorstand und Aufsichtsrat geäußert. Die Angst vieler Genossen, die mühsam erreichte wirtschaftliche Sicherheit aufs Spiel zu setzen, führte zur Blockierung des Projekts. 1913 beschloß die Generalversammlung, daß Mittel für den Erwerb von Grundstücken ausschließlich von ihr zu bewilligen seien, *"damit der Landkauf nicht der Entscheidung von wenigen Personen, sondern nur der Generalversammlung unterliegt."* (Protokoll d. Generalversammlung 1913)

Das Scheitern des Weiterbaus bedeutete für die Freie Scholle vor allem eine verlorene Chance, einen zeitgemäßen, innovativen Beitrag zur genossenschaftlichen Wohnreform zu leisten. Dies sollte ihr erst in den 20er Jahren durch die Kooperation mit dem Architekten Bruno Taut gelingen. Aus heutiger Sicht wäre die Folge von Reformbauten Lilienthals', Muthesius' und Tauts eine einmalige Darstellung des sich entwickelnden Siedlungsbaus in Deutschland gewesen.

Gartenstadt Britz



Gartenstadt Falkenberg



GARTENSTÄDTE IM VERGLEICH

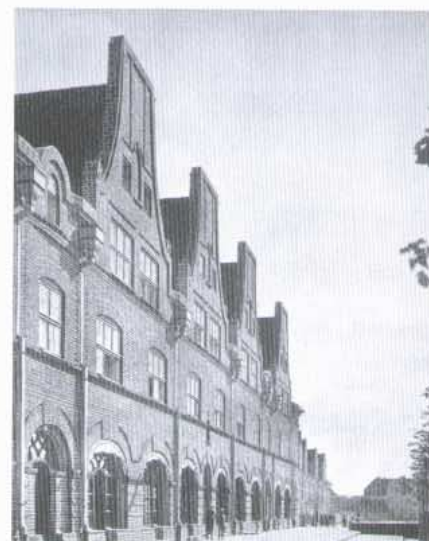
Die neuen gartenstädtischen Ideen wurden auch von anderen Berliner Genossenschaften aufgegriffen. Blieben die tendenziell konservativen und staatlich dominierten Unternehmen wie z.B. der Beamten-Wohnungs-Verein zu Berlin (Gartenstadt Zehlendorf 1913, Architekt Paul Mebes/ Paul Emmerich) oder die vom Reichsministerium des Innern gegründete Gartenstadt Staaken (1913/14, Architekt Paul Schmitthenner) in ihrer Architektursprache eher kleinstädtisch und romantisierend, so bedeuteten die Gartenstadtprojekte "Britz" der "Ideal" oder "Falkenberg" der Deutschen Gartenstadtgesellschaft wohnreformerische Weiterentwicklung und Innovation für Arbeiterkreise.

Die 1912/13 gebaute Gartenstadt Falkenberg, aufgrund ihrer außergewöhnlichen Farbgebung auch "Tuschkastensiedlung" genannt, wurde zur weitgehenden Synthese aus Architektur, Sozial- und Kulturreform, und zählt neben der zeitgleich erstellten "Gartenstadt-Kolonie Reform" in Magdeburg zu den aufsehenerregenden Projekten des jungen Bruno Taut.

Die von der Baugenossenschaft "Ideal" in Britz gebaute Siedlung war 1911 der erste Versuch, die neuen Ideen des Wettbewerbs Groß-Berlin in einer Gartenstadt umzusetzen. Die 1907 von

führenden Mitarbeitern der AOK Rixdorf und SPD nahestehenden Reformern gegründete "Ideal" hatte bisher ausschließlich innerstädtischen Geschosswohnungs-bau, darunter die Ideal-Passage 1907/08, errichtet. Auf einer in allen Berliner Medien, darunter auch das Mitteilungsblatt der Freien Scholle 14/1911, registrierten Propagandaausstellung "Wohnungselend-Wohnungsreform" wurden die von den Architekten Deute & Paul entwickelten Pläne für insgesamt 500 Wohnungen vorgestellt sowie in Befragungsaktionen der zukünftigen Bewohner eine erste Form der Nutzerbeteiligung entwickelt.

Mit der Verwirklichung des Bebauungsplanentwurfs für die Freie Scholle durch den damals schon überregional bekannten Hermann Muthesius, der auch als künstlerischer Berater der Britzer Gartenstadt fungierte, hätte die Freie Scholle bereits in dieser frühen Epoche einen bedeutenden Beitrag zur genossenschaftlichen und gartenstädtischen Debatte leisten können. Viele ähnliche Projekte und Weiterbaupläne mußten durch die äußeren Rahmenbedingungen, die im Ersten Weltkrieg eskalierten, Utopie bleiben.



Gartenstadt Staaken

DER ERSTE WELTKRIEG UND DIE FOLGEN

Der sich bereits seit geraumer Zeit abzeichnende Beginn des Ersten Weltkrieges im August 1914 bedeutete für die Freie Scholle, nach Scheitern der hochgesetzten Weiterbaupläne, zunächst das Ende räumlicher Expansion. Die Siedlung blieb baulich auf dem Stand der Vollendungsfest 1910 stehen.

"Unsere Kolonie Freie Scholle bildet bekanntlich nur eine einzige Straße mit 73 Häusern (173 Heimstätten). Alle weiteren Bestrebungen sind leider 'fromme Wünsche' geblieben, auch heute noch, soweit sie nicht in anderer Form und an anderen Stellen respektive Organisationen ihre Erfüllung gefunden haben." (Zachau 1915)

Pietätvolles Verhalten in Kriegszeiten, darunter das Unterlassen von fröhlichem Klavierspiel und die Einstellung der Übungsstunden des Gesangsvereins, wird Thema der Mitteilungsblätter.

Gesangverein Freie Scholle
Während des Krieges
keine Übungsstunde.

Brotkarten - Abschnitte

sind nur bei Empfang der neuen Karten im Büro abzugeben. Sprechstunde der Kommissionsmitglieder nur werktäglich von 2-3 Uhr.

Die Brotkommission:
C. Borref, Freie Scholle 10a.

In der Siedlung bildet sich eine "Brotkommission", die ab 1915 Brotkarten verteilt.

Die Umstellung auf Kriegswirtschaft bestimmte nun die äußeren Rahmenbedingungen für jede weitere genossenschaftliche Entwicklung. Der "Burgfrieden", der kurzfristig alle bisherigen sozialen und politischen Gegensätze aufheben sollte, umfaßte mit den Parteien und Institutionen der Arbeiterbewegung auch die Genossenschaften. 1915 tritt die Freie Scholle sogar dem Tegeler Grundbesitzerverein bei.

Zunächst reiht sie sich in die nationale Bewegung der Kriegsbefürworter ein, verzichtet jedoch in den folgenden Jahren immer mehr auf zustimmende Äußerungen, Notlage und Krisenzeit rücken in den Vordergrund. Schon 1915 wird im Mitteilungsblatt das "Morgenrot" nach Kriegsende heraufbeschworen, dennoch weiterhin die moralische Unterstützung der Genossen im Feld, die inzwischen ein Viertel der Mitglieder ausmachen, gefordert. Dazu zählen auch konkrete Ratschläge ("Wie soll die Frau ins Feld schreiben?", Mit 6/1914), die in den Mitteilungsblättern der Kriegsjahre veröffentlicht werden. Im weiteren erfolgen Durchhalteappelle, die sich auf die wirtschaftliche Haushaltsführung der Schollenbewohner beziehen. Kleintierhaltung und Selbstversorgungsmöglichkeiten in den Gärten erhalten erneut einen hohen Stellenwert. Da wiederholt Diebstähle vorkommen, muß zwischenzeitlich zur "Sicherstellung der Feldfrüchte ein Feldposten" eingesetzt werden (Mit 4/1915).

"Wir ersuchen deshalb unsere Heimstättenbesucher, insbesondere die Frauen, alle irgendwie noch verwertbaren Küchenabfälle zu verfüttern.... Jedes Fleckchen im Garten nutze man auf das Äußerste aus im Interesse des Haushaltes." (1/1915).

Die schlechten Zeiten bekommen auch die Läden und Geschäftsleute der Siedlung, insbesondere der Schollenwirt, zu spüren, und werden in ihrer wirtschaftlichen Existenz von der Genossenschaftsverwaltung unterstützt.

"Wir richten daher an alle Schollengenossen die Bitte, den Schollenkrug recht fleißig zu besuchen, damit dort auch während der Kriegszeit ein recht gemüthlicher Familienverkehr unterhalten wird. Auch hier heißt es: Durchhalten!" (Mit 6/1915)

Mietnachlässe an in Not geratene Familien oder auch Rückstände in größerem Umfang sind vor dem Hintergrund dieser Probleme nicht zu umgehen. Sie bleiben in ihrem Ausmaß für das nun zwanzigjährige Unternehmen wirtschaftlich jedoch nicht bedrohlich. Kurzfristige Zugriffsmöglichkeiten auf Ersparnisse der letzten Jahre und das fast völlige Unterlassen von Instandhaltungen und Reparaturen läßt die finanzielle Situation der Freien Scholle nicht ungünstig aussehen. "Unsere Genossenschaft hat in einer Zeit, da andere Genossenschaften schwer leiden müssen, gezeigt, daß sie auf festem Fundament steht." (GB 1915)

Tatsächlich wurden angesichts drohender Wohnungsprobleme nach dem Krieg die Bedingungen für eine umfassende öffentliche Wohnungspolitik noch während der letzten Jahre deutlich verbessert. Dies war zunächst weniger auf staatliche Einsicht in soziale Notwendigkeiten zurückzuführen als auf innenpolitische Bedürfnisse der Reichsverteidigung. Dennoch brachte das 1. Preußische Wohnungsgesetz vom 28.3.1918 wesentliche, vor allem baurechtliche Fortschritte, bedeutete es doch erstmals eine Änderung des völlig veralteten Fluchtliniengesetzes. Gleichzeitig stellte es größere Förderungsbeträge für den Kleinwohnungsbau in Aussicht, so daß die Genossenschafter trotz schlechtester Versorgungslage hoffnungsvoll in die Nachkriegszukunft schauten. Diese noch schnell verabschiedeten Reformen konnten den Zusammenbruch des Wilhelminischen Obrigkeitsstaates im November 1918 jedoch nicht mehr aufhalten.

"Wir können uns glücklich schätzen, daß unsere Freie Scholle trotz der Mietnachlässe so günstig dasteht, wie die Genossen es selbst aus den dargebotenen Zahlen ersehen wollen. Das günstige Ergebnis und vor allem das uns entgegengebrachte Vertrauen, das sich besonders aus der Zunahme der Guthaben und Spareinlagen ergibt, läßt uns hoffen, daß wir nach dem Kriege als eine auf gesunden Füßen stehende Baugenossenschaft mit Eifer und Kraft für unsere noch nicht mit Genossenschaftswohnungen versehenen Mitglieder werden sorgen dürfen, vorausgesetzt, daß das Reich durch Hergabe billigen Landes und billigen Geldes, die weiterstrebenden Baugenossenschaften so unterstützt, wie es versprochen worden ist." (GB 1917)



Schollenfamilie 1916

Vorwärts

Beiliner Volksblatt.
Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Der Kaiser hat abgedankt!

Der Reichskanzler hat folgenden Erlass herausgegeben:

Seine Majestät der Kaiser und König haben sich entschlossen, dem Throne zu entsagen.

Der Reichskanzler bleibt noch so lange im Amte, bis die mit der Abdankung Seiner Majestät, dem Thronverzicht Seiner Kaiserlichen und Königlich hohen Hoheit des Kronprinzen des Deutschen Reichs und von Preußen und der Einsetzung der Regentschaft verbundenen Fragen geregelt sind. Er beabsichtigt, dem Regenten die Ernennung des Abgeordneten Ebert zum Reichskanzler und die Vorlage eines Gesetzesentwurfes wegen der Ausschreibung allgemeiner Wahlen für eine verfassungsgebende deutsche Nationalversammlung vorzuschlagen, der es obliegen würde, die künftige Staatsform des deutschen Volk, einschließlich der Volksteile, die ihren Eintritt in die Reichsgrenzen wünschen sollten, endgültig festzusetzen.

Berlin, den 9. November 1918. Der Reichskanzler.
Prinz Max von Baden.